



ARBEITNEHMER- KURIER

FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER 00



SOZIALISTEN MACHEN BLAU

**ARBEITNEHMER
WÄHLEN BLAU**

Fotos: FPÖ; pixabay

Industrie 4.0:

**Schöne neue
(Arbeits-) Welt?**

Seite 3

Arbeiterkammer:

**FA Resolution
angenommen**

Seite 5

Untreue?

**Zwei FSG VOEST-
Betriebsräte unter Verdacht**

Seite 7

Rot-Schwarze Scheingefechte

Die Österreicher sind es mittlerweile ja schon fast gewohnt, dass sich SPÖ und ÖVP vor Wahlen Scheingefechte liefern und den Wählern sämtliche Versprechungen machen. Nach der Wahl wird sich jedoch wieder rasch ins gemütliche rotschwarze Koalitionsbett gelegt und nichts von den Wahlversprechen umgesetzt.

Der aktuelle Wahlkampf von SPÖ und ÖVP ist jedoch an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Die Schwarzen werden Türkis und nennen sich nun eine neue Bewegung, während die handelnden Personen unterhalb des Spitzenkandidaten im Wesentlichen gleich bleiben. Zudem übernahmen Kern und vor allem Kurz nach und nach langjährige FPÖ Forderungen, die sie in der Vergangenheit immer ablehnten, häufig sogar als Populismus oder Hetze bezeichneten. Die Österreicher wissen jedoch ganz genau, dass Kurz als Bundesminister die illegale Völkerwanderung im Jahr

2015 zu verantworten hatte und Kern als ÖBB Chef die illegalen Einwanderer durch Österreich chauffierte.

Auch im Arbeitnehmerbereich sind ÖVP und SPÖ an Unglaubwürdigkeit nicht zu überbieten. Beide fordern nun plötzlich die Gleichstellung von Arbeitern an Angestellten und Einführung des einheitlichen Begriffes Arbeitnehmer. In der Arbeiterkammer hat die FA bereits zwei Mal eine entsprechende Resolution zur Gleichstellung eingebracht. Im März 2017 wurde genau diese freiheitliche Forderung in der Arbeiterkammer von FSG und ÖAAB abgelehnt. Der genannte Grund des FSG-Funktionärs hatte es in sich. „Es ist ihm bewusst, dass es eine ungerechtfertigte Schlechterstellung von Arbeitern gibt. Bei einer Gleichstellung würden aber die Gewerkschaften zusammengelegt werden. Außerdem gäbe es dann keine getrennten Angestellten- und Arbeiterbetriebsratskörperschaften mehr.

Die Folgen wären weniger Betriebsräte und weniger Gewerkschaftsfunktionäre.“ Diese Offenbarung der FSG zeigt ihre Überlegungen bei sämtlichen Themen. Sie fordern gerne 'Solidarität' – sie sind solidarisch mit Ihresgleichen. Die Sozialisten beanspruchen sämtliche 'Interessenvertretungen' für sich – aus Eigeninteresse. Die roten Funktionäre schreien immer nach 'Gerechtigkeit' - tatsächlich leben sie Selbstgerechtigkeit. Nur mit einer Stimme für die FPÖ kann sich Österreich aus der Geiselnhaft dieser rotschwarzen Funktionärskaste befreien.

Foto: FA ÖÖ



FA-Obmann Gerhard Knoll

DAS GLAUBT KEINER: DIE SPÖVP-WAHLVERSPRECHEN

FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER OBERÖSTERREICH

Zuerst dagegen. Dann dafür.

SPÖ will noch vor der Wahl Arbeiter und Angestellte gleichstellen

Unglaublich!

FA.ÖÖE

Original 28.05.2015

Antrag / Resolution

Der **Funktionär** **Funktionär** ist bei keiner FA Arbeiter und Angestellte für Österreich, woher es die 2. - Wählergruppe der FA, Funktorengruppe Nr. 28.05.2015

FA: Beistand des Österreichischen Arbeiter und Angestellten, Angliederung der Arbeiter an Angestellte und Schaffung des Allgemeinen Angestellten Arbeitsrates!

Kopie 28.08.2017

Kurz will Arbeiter und Angestellte gleichstellen

FA.ÖÖE

Vor Wahlen stellen SPÖ und ÖVP Forderungen, die sie vor kurzem noch vehement ablehnten.



V.l.n.r.: Johannes Pointner, Christian Erlinger, Gerhard Knoll, Philipp Schrangl und Christian Horvath

„Industrie 4.0“ Schöne neue (Arbeits-)Welt?

Im Frühjahr veranstaltete die FA einen Diskussionsabend zu „Industrie 4.0“ im AK-Jägermayerhof. Moderator Christian Horvath führte die Gäste durch den Abend über den Dächern von Linz. Die vierte industrielle Revolution wird als völlige Digitalisierung bezeichnet und beinhaltet die Verschmelzung von virtueller und realer Welt. Die Diskussionsteilnehmer Mag. Philipp Schrangl (FPÖ), Mag. Johannes Pointner (Arbeiterkammer) und Ing. Christian Erlinger (Privatwirtschaft) diskutierten was diese Digitalisierung für die Arbeitswelt und daraus resultierend für die Gesellschaft bedeutet. Viele stellen sich die Frage wie viele Arbeitsplätze durch den technischen Fortschritt einerseits wegrationalisiert werden bzw. andererseits durch die permanente Weiterentwicklung neu entstehen. Was passiert beispielsweise mit den vielen Einzelhandelsangestellten oder Bankangestellten, wenn diese Berufssparten

vollautomatisiert sind? Im Zuge der Diskussion wurde deutlich, dass heutzutage bereits schrittweise einige Prozesse im Arbeitsbereich ersetzt werden. Als typisches Beispiel wurde die Kassiererin im Supermarkt erwähnt. Im Handel gibt es zumindest schon häufig die Möglichkeit den Einkauf selbst zu scannen und die Bezahlung abzuwickeln. Die Frage nach den gesellschaftlichen Folgen einer gänzlichen Digitalisierung konnte niemand beantworten. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, dass auf die Politik durch die Digitalisierung eine gewaltige Herausforderung zukommen wird. Bei der anschließenden Publikumsdiskussion wurden auch die Chancen und Risiken durchleuchtet, die mit der Digitalisierung auf uns zukommen. Auch nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung diskutierten die Gäste auch bei Speis und Trank noch eifrig über die möglichen Szenarien von Industrie 4.0.



Fotos: FA OÖ





Foto: FA CO

Verwaltungsreform nicht opfern

„In den letzten Jahren wurde der Verwaltungsapparat in Oberösterreich endlich personell verschlankt und Arbeitsabläufe optimiert. Diesen Reformschritt will die SPÖ jetzt wieder über den Haufen werfen“, wundert sich der freiheitliche Arbeitnehmersprecher LAbg. Rudolf Kroiß über einen sozialdemokratischen Antrag im heutigen Landtag, in den nächsten zwei Jahren 350 zusätzliche Dienststellen im Landesdienst zu schaffen. „Die Landesregierung zu beauftragen, sich Alibi-Beschäftigungen auszudenken, ist jedenfalls der falsche Weg.“

Statistisch wird es ab 50 Jahren schwerer, am Arbeitsmarkt neu Fuß zu fassen. „Laut AMS und unserem Wirtschaftslandesrat liegt aber der Grund bei einem Großteil der betroffenen Personengruppe 50+ nicht an fehlenden Arbeitsplätzen, sondern oft an körperlichen Beeinträchtigungen, fehlender Mobilität und am Fehlen der Deutschen Sprache“,

klärt der freiheitliche AK-Fraktionsobmann Kroiß auf. Im Zuge der Aktion 20.000 wurden von der Bundesregierung 778 Millionen Euro bundesweit bereitgestellt. „Ja, auch im Land Oberösterreich und seinen Gemeinden würden sich einige bestimmte Dienststellen über mehr Personal freuen. Aber auch wenn man sich über den Geldsegen aus

Wien sehr freuen könnte, bleiben noch viele Fragen offen. Zum Beispiel, wie sollen sich diese Arbeitsplätze in zwei Jahren nach Auslaufen der Bundesförderung finanzieren?“, so Kroiß.

„Die von der Bundesregierung zuletzt im Parlament beschlossene Aktion 20.000 ist lediglich eine Beruhigungsspielle, mit der die große Koalition versucht, die Arbeitslosenstatistik kurzfristig zu beschönigen – nicht mehr und nicht weniger“, stellt LAbg. Kroiß fest und fordert abschließend: „Nicht Arbeitslosigkeit subventionieren, sondern mit Qualifikationsmaßnahmen und nachhaltigen Anreizen eine Rückkehr in die Wirtschaft ermöglichen!“

FA IM ANGESTELLTEN-BETRIEBSRAT BEI DER FIRMA PALFINGER

Erneut kann die FA Oberösterreich einen weiteren Erfolg bei einer Betriebsratswahl verbuchen. „Die Freiheitlichen Arbeitnehmer gratulieren Fuxhuber Andreas zum Einzug in den Angestelltenbetriebsrat und wünschen ihm für seine Aufgabe viel Erfolg“, so der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, AK-Vorstand Gerhard Knoll. Im Herbst findet auch die Betriebsratswahl der Arbeiter statt, wo ebenfalls mit einem Erfolg gerechnet werden kann.



Andreas Fuxhuber und HC Strache

Liste Fuchs
bei der BR-Wahl am

24. Oktober 2017

Unser Spitzenkandidat Alexander Fuchs ist seit über 20 Jahren in der Firma Palfinger tätig. Seit 2009 vertritt er die Belegschaft im Betriebsrat und 2015 im Betriebsratvorsitzenden.



Volle Abfertigung im Todesfall für Angehörige

Bei der jüngsten Arbeiterkammer-Vollversammlung wurde die von den Freiheitlichen Arbeitnehmern eingebrachte Resolution „Volle Abfertigung im Todesfall für Angehörige“ einstimmig angenommen.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum im Todesfall eines Arbeitnehmers die Abfertigungsansprüche für Hinterbliebene vom Gesetzgeber nach wie vor unterschiedlich – zwischen Abfertigung Alt und Abfertigung Neu – behandelt werden“, ist für den Landesobmann der Frei-



FA-Obmann Gerhard Knoll

Foto: AK

heitlichen Arbeitnehmer, AK-Vorstand Gerhard Knoll nunmehr das Parlament für die rasche Um-

setzung am Zug. Knoll verweist darauf, dass es beispielsweise bei der gesetzlichen Abfertigungshöhe bei den verschiedenen Abfertigungsmodellen wesentliche Unterschiede gibt. „Wer bereits im System der Abfertigung Neu ist, dessen Ehegatten und Kindern mit Anspruch auf Familienbeihilfe haben darauf in gleichen Teilen in voller Höhe Anspruch auf Auszahlung. Jedoch haben die gesetzlichen Erben bei der Abfertigung Alt nach derzeitiger gesetzlicher Lage nur Anspruch auf die Hälfte der sonst zustehenden Abfertigung.“

FA Bundesseminar in Linz



Foto: FA

Im September hielt die Bundesorganisation der Freiheitlichen Arbeitnehmer ein Seminar in Oberösterreich ab. Nach Innsbruck und Graz fand diesmal das Seminar im neu renovierten Bildungshaus AK-Jägermayerhof statt. Neben einer Bundesvorstandssitzung gab es auch interessante Vorträge. Zum einen über die Digitalisierung der

Arbeitswelt, zum anderen einen detaillierten Vortrag über die Funktionsweise von Social Media. Ein Höhepunkt war auch ein gemeinsames Abendessen samt Kamingespräch mit LH-Stv. Manfred Haimbuchner. In Linz durfte natürlich eine Besichtigung der voestalpine Stahlwelt nicht fehlen. Sichtlich beeindruckt wurde die Größe und Komplexität

der Voest genau unter die Lupe genommen. Im Zuge des Seminarwochenendes wurde dem schlechten Wetter getrotzt und auch die FPÖ Veranstaltung mit HC Strache im Linzer Volksgarten besucht. Danach hatte der Bundesvorstand im Linzer Josef ein gemeinsames Abendessen mit Detlef Wimmer, dem Vizebürgermeister der Stahlstadt.

NEUE KAMPAGNE



Wir Frauen sind kein Freiwild!

Fast schon täglich werden Frauen in Österreich überfallen und Opfer von Gewalt. Sowohl in der Arbeit als auch am Weg dorthin. Gerade Arbeitnehmerinnen mit häufigem Kundenkontakt wie Kassiererinnen, Kellnerinnen, Busfahrerinnen oder Tankstellenangestellte sind einer ständigen Gefahr ausgesetzt. Hinzukommt der Arbeitsweg alleine und oft bei Nacht mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder gar zu Fuß. Viele Frauen haben Angst und das zurecht. Sie fürchten sich zum Beispiel am Linzer Hauptbahnhof vor den zahlreichen Migranten-Gruppen, die Frauen auflauern und sie belästigen. Die verhängnisvolle Willkommenskultur der Regierung bedroht unsere Frauen! Der Schutz der Arbeitnehmerinnen muss an erster Stelle stehen.



Sichern Sie sich jetzt Ihren Taschenalarm

www.fa-ooe.at/kontakt

Fairness, Freiheit, Fortschritt: Das FP-Wirtschaftsprogramm



Foto: pixabay

„Wir wollen Österreichs Wirtschaft – die von der Überholspur auf den Pannestreifen kam – wieder auf eine ‚doppelte Pole Position‘ bringen, national und international. Zwei wesentliche Grundlagen dafür sind nötig: Leistungsbereitschaft muss sich lohnen und es darf keine Umverteilung in ein gieriges Steuersystem zum Stopfen von Budgetlöchern geben.

Derzeit gibt es eine Umverteilung von Leistungsträgern hin zu einer überbordenden rot-schwarzen Bürokratie“, so FP-Chef Heinz-Christian Strache. Absoluten Vorrang habe die Erreichung des Nulldefizits. „Man kann und darf nicht mehr ausgeben als man einnimmt“, fordert die FPÖ eine massive Steuerensenkung um mindestens 12 Mrd. Euro. Laut der Berechnung von Wirtschaftsexperten gäbe es sogar ein Einsparungspotential um bis zu 16 Mrd. Euro. Dadurch soll die Steuerquote auf unter 40 Prozent des BIP gesenkt werden – der „Hauptbremsklotz“ der Wirtschaft seien „überbordende Steuern und

Fairness als Prinzip

Abgaben.“ „Fairness ist das Prinzip, das den sozialen Frieden sichert.

Das heißt, der unternehmerische Erfolg muss bei allen Leistungsträgern ankommen. Leistung muss sich wieder für alle, die arbeiten, lohnen“, kommt klare Kritik an der „hausgemachten Steuerlast“, die die Löhne im Jahr 2017 auf dem Niveau von 2003 liegen lassen.

Ein klares Nein gibt es für jeglichen „Klassenkampf“: Nein zu einer Reichensteuer, Maschinensteuer oder Erbschaftssteuer. „Wir brauchen keine zusätzlichen Steuern, wir haben kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem“, stellt Strache klar.

Entbürokratisierung

Freiheit sei aus FP-Sicht etwa die Entbürokratisierung. Es sei Aufgabe des Staates für die Wirtschaft „die besten steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Unternehmen ohne sinnlose Vorschriften und bürokratische Hürden eigenverantwortlich handeln können. Um den „Fortschritt“ zu ermöglichen, seien überfällige Reformen umzusetzen, etwa im Bildungsbereich oder im Gesundheitsbereich. Ein „Gebot der Fairness“ sei im Sozialbereich eine Reform der Mindestsicherung: Anspruchsvoraussetzung für den Bezug soll die österreichische

Staatsbürgerschaft sein, „Leistungen unseres Sozialsystems dürfen keinen Zuwanderer-anreiz darstellen“, so Strache.

Effektivere Kontrolle

FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner mahnt den Mut zum Sparen ein: „In anderen Ländern ist der Wille dazu vorhanden, warum soll Österreich das nicht auch können? Wir brauchen ein effizientes Kontrollsystem bei den Sozialausgaben. Bestes Negativbeispiel ist Wien, wo die Schulden steigen und die Mindestsicherung aus dem Ruder läuft.“ Nicht nur bei den Sozialversicherungsträgern sei viel Speck angesammelt worden, auch AK und Wirtschaftskammer säßen auf einem großen Vermögen – bezahlt von den Arbeitnehmern und den Unternehmern. „Der Unternehmer muss wieder etwas zählen in diesem Land und der Arbeitnehmer muss von seinem Gehalt ordentlich leben können“, kritisiert Haimbuchner die hohe Abgabenbelastung von 43,2 % als unsozial. Überfällig sei daher die Senkung der Lohnnebenkosten. „Wir brauchen in Österreich einen Wertewandel, so dass Leistung wieder etwas zählt“, fordert Haimbuchner.

Von wegen „Hol dir, was dir zusteht“ Zwei FSG-Voest-Betriebsräte unter Untreueverdacht

Mitten im Sommer platzte eine Bombe. Zwei Betriebsräte bei Voestalpine Tubulars wurden wegen Veruntreuungsverdacht angezeigt. „Es geht um 800.000 Euro“, berichtet die zuständige Staatsanwaltschaft.

Die Zuwendungen des Arbeitgebers sollen vom Chef des Angestelltenbetriebsrats und einem weiteren Mitglied nicht, wie vorgesehen, für den Betriebsratsfonds verwendet worden sein. Die Arbeiterkammer Steiermark erstattete Anzeige wegen Veruntreuung von 800.000 Euro. Nun laufen die polizeilichen Ermittlungen über die tatsächliche Verwendung des Geldes.

Kurz nachdem diese Causa bekannt wurde hat einer der beiden Beschuldigten, bislang Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrats, auch seine Funktionen in der SPÖ zurückgelegt, darunter den Stadtparteivorsitz und seine Tätigkeit im Regionalvorstand. Der freiheitliche Zentralbetriebsrat Gerhard Knoll konfrontierte in einer Betriebsratssitzung auch den Konzernbetriebsratsvorsitzenden der VOEST, LABg. Hans-Karl Schal-



Foto: FA OÖ

ler (SPÖ) mit dieser unangenehmen Angelegenheit. Schaller antwortete nur lapidar, dass die Summe von 800.000 Euro ja eh auf 15 Jahre zu sehen sind und das Problem halt ist, dass zum Beispiel ein Tennisverein gefördert worden ist und da nun keine Rechnung vorhanden sei. „Es ist unfassbar, dass der Konzernbetriebsratsvorsitzende diesen Imageschaden

des gesamten Betriebsrat und auch der voestalpine so herunterspielt. Auch wenn man die Summe auf 15 Jahre sehen muss, sind das noch immer jährlich über 53.000 Euro. Einen Betrag in dieser Höhe kann man doch nicht versuchen mit einem Sponsoring eines Tennisvereins zu relativieren“, fordert Knoll eine lückenlose Aufklärung dieser Angelegenheit.



Überwachung am Arbeitsplatz

Wels: FA und AUF hielten im Juni den Themenabend „Überwachung am Arbeitsplatz“ ab. Mag. Mario Kalod von der AK OÖ informierte über Datenschutz und Arbeitsrecht.

Fotos: FA OÖ



Alle Jahre wieder: Sommerkabarett

Ende Juli veranstalteten die Freiheitlichen Arbeitnehmer ein Sommerkabarett. Die 'Blitzgneisser' unterhielten mit ihrem Programm die Gäste im Welser Cordatushaus.



10 Jahre Bernhard Rösch

Im Mai gab es Wien einen Festakt anlässlich „10 Jahre FA Bundesobmann Bernhard Rösch“. Aus OÖ wurde Rösch ein Stahlbursche T-Shirt aus der Voest überreicht.



VORDENKER

statt Spätzünder

Im Umgang mit Flüchtlingskrisen,
Grenzschutz und Islamisierung.

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI